BBAW

Skulpturen von Mitgliedern der Preußischen Akademie der Wissenschaften, in deren Tradition sich die BBAW versteht

»Wir leben nicht im Elfenbeinturm«

30 Jahre Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften – zwischen Grundlagenforschung und Politikberatung. Ein Gespräch mit Präsident Christoph Markschies

INTERVIEW: KARLEN VESPER

Professor Markschies: Drei Jahrzehnte Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften – ist dies ein Anlass zum Feiern?
Ich glaube, es ist eine gute Idee, nach 30 Jahren zurückzuschauen, zu bilanzieren und zu fragen, ob man für die nächsten Jahre etwas anders machen sollte, besser machen könnte oder auch bewahren und fortsetzen darf. Und diesmal in einem etwas festlicheren und auch vergnüglichen Rahmen. Wobei es nicht darum geht, 30 Kerzen anzuzünden und 30 Stück Torte zu genießen, sondern sich einer Zäsur zu erinnern und in die Zukunft zu blicken.

Nun verdankt sich Ihre Institution jedoch einem eher unrühmlichen Akt, der Zerschlagung der Akademie der Wissenschaften der DDR, deren Immobilien und Vermögen man zwar übernahm, aber deren personelles Potenzial weniger Aufmerksamkeit erfuhr, exakter: schnöde abgewickelt wurde – wenn die provokante Formulierung gestattet sei.
Es ist legitim, dass sie provokant fragen. In Berlin hat man zwei ganz unterschiedliche Wege hinsichtlich der jeweiligen Schwesterakademien im Ost- und Westteil der Stadt beschritten: Die beiden Akademien der Künste wurden vereinigt, während die West- und Ostberliner Wissenschaftsakademien abgewickelt wurden. Diese unterschiedlichen politischen Entscheidungen – in dem einen Fall eine Zusammenführung, im anderen eine Neukonstituierung, obwohl beide Vorgängerinstitutionen gerne weitergemacht hätten – hatte Vor- und Nachteile. Das gilt es historisch gründlich abzuwägen, und genau das tun wir im Rahmen unserer Festtage an der Akademie.

Sie sind der fünfte Akademiepräsident der BBAW, deren Riege sich bis dato ausschließlich aus westlicher Provenienz rekrutierte. Wie steht es um die Repräsentanz ostdeutscher Wissenschaftler unter den Mitgliedern und Mitarbeitern sowie auf Leitungsebene an der Akademie?
Zunächst: Als Westberliner ist man kein Westdeutscher und hat insofern sicher einen anderen Blick auf die Entwicklung und die Vereinigung beider deutschen Staaten. Um ein angemessenes Bild zu gewinnen, wäre erst einmal zu eruieren, wie viele Ostdeutsche überhaupt im gesamtdeutschen Wissenschaftsbetrieb mitwirken, aber beispielsweise auch nach Gleichstellung zu fragen, danach, wie viele Frauen in Führungspositionen tätig sind. Akademien wählen Mitglieder aufgrund ihrer wissenschaftlichen Leistungen und nicht nach statistischem Proporz. Unter den Gründungsmitgliedern der BBAW, die ganz Deutschland und ein Stück auch das Ausland repräsentieren sollten, stammte ein Viertel aus der alten DDR. Die Mitarbeitenden waren sogar überwiegend von dort.

Bei der Mitarbeit an der Marx-Engels-Gesamtausgabe, der MEGA, soll die Mitarbeit von erfahrenen ostdeutschen Experten nicht mehr gefragt sein? Hörte ich.
Das kann man nun wirklich nicht sagen. Die DDR-Wissenschaftsakademie umfasste cirka 75 Institute. Der Wissenschaftsrat und die Länder haben Anfang der 90er Jahre beschlossen, dass die für diese Akademie typischen und erfolgreichen naturwissenschaftlichen Institute in westdeutsche Strukturen eingepasst und vorhandenen größeren Gemeinschaften zugeordnet werden, also der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz- oder der Helmholtz-Gemeinschaft. Die BBAW übernahm dagegen die geisteswissenschaftlichen Projekte, beispielsweise die zu Altertum und Mittelalter, aber auch die MEGA. Projekte wurden selbstverständlich fortgesetzt mit denjenigen hochverdienten Mitarbeitern, die sich schon vor 1989 mit dem jeweiligen Forschungsgegenstand beschäftigt haben. Diese scheiden aber nun sukzessive aus Altersgründen aus. Bei den Neueinstellungen gelten die allgemeinen gesetzlichen Vorgaben, es darf also keine Rolle spielen, in welcher Weltgegend jemand aufgewachsen ist, sondern nur die Qualifikation.

Ärgert es Sie, dass nicht die BBAW zur Nationalakademie, sondern die auf Naturwissenschaften spezialisierte Hallenser Leopoldina gekürt worden ist? Auch wenn diese Entscheidung lange vor Ihrer Zeit gefallen ist?
Diese Entscheidung von 2008 liegt nun auch schon viele Jahre zurück. Die BBAW nimmt angesichts der Schwerpunkte der Leopoldina auf dem Gebiet der Geistes- und Sozialwissenschaften sicher auch Aufgaben einer Nationalakademie wahr. Außerdem arbeiten wir mit der Schwesterakademie in Halle ebenso eng wie freundschaftlich zusammen und stellen uns der anspruchsvollen Aufgabe der Politik- und Gesellschaftsberatung an vielen Stellen gemeinsam.

Hängt die Entscheidung damals vielleicht damit zusammen, dass Geisteswissenschaftler anfälliger sind für fatale Ideologien, wie ein Rückblick auf die NS-Zeit beweist?
Das würde ich bestreiten. Denken Sie nur an das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin-Dahlem, das mit menschlichen Körperteilen aus Auschwitz forschte. Ich glaube nicht, dass Geisteswissenschaftler ideologieanfälliger sind. Es hat im Nationalsozialismus beispielsweise auch Versuche der Etablierung einer »deutschen Mathematik« oder »deutschen Physik« gegeben. Alle Wissenschaft ist ideologieanfällig. Zudem besteht unsere Akademie ja nicht nur aus Geisteswissenschaftlerinnen und Geisteswissenschaftlern, sondern ebenso aus Vertreterinnen und Vertretern der Natur-, Lebens- und Technikwissenschaften.

Auf welchen Gebieten berät die BBAW Politik und Gesellschaft? Künstliche Intelligenz?
Auf diesem Gebiet haben wir zuletzt 2021 eine große Stellungnahme vorgelegt. Gegenwärtig bereiten wir Stellungnahmen zum Wissenschaftssystem, zu Förderprogrammen wie der Exzellenzinitiative sowie zu Gesundheit und Ernährung vor. Zu allen Themen ist die Schar der beratenden Institutionen inzwischen immens angewachsen. Uns ist klar, dass wir nicht aufgrund irgendeiner Autorität, qua Titel oder qua Alter – was sind schon 323 Jahre? – ein besonderes Plus gegenüber anderen haben. Auch wir müssen uns immer wieder neu die Autorität erarbeiten, die Politik erfolgreich zu beraten.

Und da nützt auch nichts die stattliche Zahl von 82 Nobelpreisträgern, auf die die in der Tradition und Nachfolge der Preußischen Akademie der Wissenschaften stehende BBAW verweisen kann?
Wir sind stolz auf eine so große Zahl von herausragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der Geschichte unserer Akademie. Aber darauf ruhen wir uns nicht aus. Wir müssen das Vertrauen von Politik und Öffentlichkeit mit jeder Stellungnahme erneut erwerben. Die Expertise muss inhaltlich exzellent und auch originell sein. Es entscheidet nicht nur die Güte, sondern ebenso die Art und Weise, wie wir sie präsentieren, und damit die Aufmerksamkeit von Politik wie Gesellschaft gewinnen. Wir kommunizieren unsere Ergebnisse über eine Vielzahl unterschiedlicher Publikationen und über unser umfangreiches, munteres Veranstaltungsprogramm. Dicke Broschüren werden nicht gern gelesen.

Die BBAW fühlt sich dem Leibniz'schen Gründungsgedanken »Theoria cum praxi« verpflichtet. Wie viel aus Ihrem Forschungspensum kommt in der Gesellschaft an, wird wahrgenommen und umgesetzt?
Das kommt auf das Projekt an. Unser Forschungsportfolio besteht aus Bereichen, die stärker auf Grundlagenforschung konzentriert sind, und solchen der angewandten Forschung. Wir betreiben ein Archiv aller bedrohten Sprachen der Welt und nehmen natürlich Kontakt auf zu Menschen, die diese noch sprechen. Zur Eröffnung hatten wir die Aramäer-Community aus Neukölln, Wedding und Tiergarten eingeladen. Die Nachfahren jener Ethnie, die einst in weiten Bereichen des Nahen Ostens verbreitet war und zuletzt

INTERVIEW

CHRISTOPH JOHANNES

Christoph Markschies, geboren 1962 in Berlin-Zehlendorf, ist Theologe und Altertumsforscher und Leiter des Berliner Instituts Kirche und Judentum. 2006 bis 2010 war er Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin, seit 2019 steht er an der Spitze der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW), die in dieser Woche ihren 30. Jahrestag mit zahlreichen in- und ausländischen Gästen feiert und an diesem Samstag interessierte Bürger zur Langen Nacht der Wissenschaft in ihr Domizil am Berliner Gendarmenmarkt lädt (ab 17 Uhr, Eintritt frei).

IMAGO/LEM

Blick auf das Akademiegebäude am Berliner Gendarmenmarkt

in der südlichen Türkei, in Syrien und im Irak, waren völlig verblüfft und fanden das ganz wunderbar, dass wir uns mit ihnen gemeinsam für ihre Kultur interessieren, sie erforschen und bewahren wollen. Kurzum: Wir wirken in die Gesellschaft hinein. Aber wir brauchen auch gelegentlich den langen Atem und die gründliche Arbeit. Wenn Wissenschaft keine Grundlagenforschung betreibt, wäre sie präsentistisch, würde sie die kritische Kraft zur Korrektur der Gegenwart verlieren. Wenn sie nur Grundlagenforschung betreibt, ohne Blick auf die Gegenwart, würde sie sich an die Vergangenheit verlieren.

Sympathisch ist das Motto Ihrer Festwoche: »Wandel durch Aufklärung« – eine Adaption des Mottos der neuen Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr: »Wandel durch Annäherung«. Was verstehen Sie unter Aufklärung und wieso sprechen Sie von einer »Aufklärung 2.0«?
Ich verstehe unter Aufklärung trotz ihrer großen Bedeutung nicht nur die Antworten der entsprechenden Schrift von Immanuel Kant. Ich bin der Auffassung, dass es sich immer wieder lohnt, kritisch zu reflektieren, was unter Aufklärung verstanden wurde oder wird, und sie nicht nur auf das Verständnis des 18. Jahrhunderts zu begrenzen. Das meint unser »2.0«. Mir scheinen für Aufklärung drei Grundprinzipien wichtig: erstens selbstständiges Denken, zweitens kritische Überprüfung all dessen, was uns als richtig vorgesetzt wird – ob es wirklich richtig ist. Und drittens: zu eruieren, ob die praktischen Konsequenzen, die aus wissenschaftlichen Erkenntnissen gezogen werden, vernünftig sind. Beispielsweise im Blick auf virologische Einsichten und deren Folgen für das Schließen von Schulen und Kindergärten in Pandemien.

Aufklärung ist ebenso eminent wichtig für gesellschaftliche Transformation. Auch die Akademie hat sich immer wieder neu erfunden, und zwar selbst, musste dazu nicht von der Politik gedrängt werden. Beginnend mit der Gründung durch Gottfried Wilhelm Leibniz, dann durch die Brüder Wilhelm und Alexander von Humboldt Anfang des 19. oder von Theodor Mommsen und Adolf von Harnack zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Sie erfand sich neu mit der doppelten deutschen Staatsgründung 1949 und schließlich 1993. Diese Neufindungen erfolgten jeweils unter Berücksichtigung der Grundprinzipien der Aufklärung, zu sichten, was richtig und vernünftig ist und was eventuell diesen Ansprüchen und Anforderungen nicht standgehalten hat.

Sie sind Christ und Theologe, Ihre Heimatgemeinde war einmal Berlin-Dahlem. Sie hörten noch die Predigten von Helmut Gollwitzer und Kurt Scharf, beide in der NS-Zeit Mitglieder der Bekennenden Kirche und mutige Opponenten der Hitler-Diktatur. Inwieweit haben die beiden Ihren weiteren Lebensweg geprägt?
Sehr stark. Die Gemeinde Dahlem hatte zur Zeit des Nationalsozialismus allerdings dreierlei Gesichter. Ihr gehörten Menschen wie Gollwitzer an, aber auch Gläubige, die glaubten, man könne einen Kompromiss mit den neuen Verhältnissen, mit dem Regime schließen, und auch Menschen, die den rechten Arm hoben und »Heil« brüllten. Es kann jederzeit eine Situation eintreten, in der man nicht nur als Christ, sondern einfach als Mensch herausgefordert ist, Zivilcourage zu zeigen. Und das heißt, nicht nur einzuschreiten, wenn jemand als angeblich Fremder oder Außenstehender in der U-Bahn angepöbelt wird, sondern auch, wenn man fürchten muss, durch das Eintreten für die Wahrheit seinen öffentlichen Ruf oder seine Position zu riskieren.

Oder sogar das Leben.
Ich lebe in Verhältnissen, in denen ich nicht vor dieser Gefahr stehe. Ich kann frei reden und werde nicht entlassen oder verhaftet, wenn ich beispielsweise sagen würde: Minister Meier hat einen dummen Vorschlag gemacht.

Andere aber, die es für richtig und vernünftig ansehen, gegen die Klimakatastrophe oder gegen Rechtsradikalismus zu protestieren, werden durchaus hierzulande verhaftet. Kann Aufklärung etwas gegen Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus bewirken?
Ja, natürlich. Einige Akademievorhaben haben viel mehr mit Aufklärung zu tun, als man auf den ersten Blick annehmen könnte. Wir forschen über mittelalterliche Glasfenster. Dazu suchen unsere Mitarbeitenden kleine Dörfer in der Mark Brandenburg auf, fotografieren und katalogisieren Kirchenfenster, die dann restauriert, neu eingesetzt und zusätzlich verglast werden, damit sie besser geschützt sind. Mehrfach haben unsere Mitarbeitenden erlebt, dass Dorfbewohner hinzugekommen sind und sich bedankt haben: »Endlich interessiert sich jemand aus Berlin für uns.« Viele unerfreuliche Entwicklungen hängen damit zusammen, dass wir uns für die Menschen im Osten zu wenig Zeit genommen haben, ihnen nicht zugehört und nicht genug mit ihnen geredet haben. Deswegen fühlen sich die Menschen gedemütigt und wurden in die Arme von politischen Rattenfängern getrieben, die nur vorgeben, sich für sie zu interessieren. Aufklärung meint auch, mal eine Dorfkneipe im Lieper Winkel auf Usedom aufzusuchen und sich die Sorgen der Menschen anzuhören und mit ihnen zu diskutieren, auch wenn es schwierige Gespräche sein könnten.

Haben Sie solches schon selbst unternommen?
Ja, das Beispiel ist authentisch, ich war mehrfach in einem entsprechenden Restaurant im Lieper Winkel und bin mit den Menschen dort ins Gespräch gekommen. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass es wenig dienlich wäre, wenn wir uns über das Erbe von Kant, Leibniz und anderen Aufklärern nur in den gelehrten Zirkeln unterhalten und nicht den Kontakt zu Menschen verschiedenster Hintergründe suchen. Wir müssen die Gespräche auch nicht nur in den Großstädten, sondern ebenso in den Dörfern und Gemeinden führen, in den Schulen sogenannter Problemviertel. Derart leisten wir der gesellschaftlichen Aufklärung einen größeren Dienst. Aufklärung impliziert, keine Zeit und Mühe zu scheuen, sich nicht zu schade zu sein und keine Angst zu haben, auch Gegenwehr zu bekommen, sei es nun verbal oder – hoffentlich nicht – tätlich.

Mein Stichwort: Waren Sie auf dem Kirchentag?
Natürlich war ich auf dem Kirchentag.

Da werden Sie die Proteste miterlebt haben gegen weitere Waffenlieferungen in die Ukraine, Aufrüstung sowie Aushöhlung des Asylrechts durch die EU. In seiner Bergpredigt soll Jesus gesagt haben: »Selig sind die Friedfertigen.«
Ich antworte jetzt als evangelischer Theologe: Biblische Texte haben glücklicherweise nicht eine einzige ethische Option, sondern beinhalten unterschiedliche Möglichkeiten sich zu verhalten, darunter auch die pazifistische. Biblisch gesprochen: jemandem, der einem auf die eine Wange schlägt, auch noch die andere hinzuhalten. Das ist aber eine individuelle Entscheidung, bei diesem biblischen Vers geht es um mich. Ich kann nicht in einen Konflikt hineingehen und zum Geschlagenen sagen: »Halt du mal auch noch die andere Wange hin.«

Ich denke, dass es gut ist, dass zwischen Wissenschaft einerseits und religiösen sowie nichtreligiösen Normen andererseits die politische Vernunft steht und damit die Frage, wie man möglichst viele Normen möglichst gerecht in der Praxis umsetzen kann. Dazu kommen aktuelle Fragen: Wie können wir den neoimperialistischen Tendenzen auf dieser Welt begegnen, die großen Probleme von Flucht, Vertreibung und Migration so lösen, sodass die unterschiedlichen Rechte und Interessen gewahrt oder im Gleichgewicht gehalten werden? Das ist immer wieder auch eine Frage der politischen Alltagsabwägung. Ich bin froh, dass ich hier die Politik beraten darf, aber nicht entscheiden muss, sondern vielmehr eine so zauberhafte Wissenschaftseinrichtung wie die Berlin-Brandenburgische Akademie leiten darf.

»Wir wirken in die Gesellschaft hinein. Aber wir brauchen auch gelegentlich den langen Atem und die gründliche Arbeit.«

Christoph Markschies

Bastelakademie

Zeitzeugen erinnern sich

KARLEN VESPER

Betretenes Schweigen. Stille. Dann kurzer vereinzelt-zaghafter Beifall. Das akademische Publikum ist irritiert. Was ist geschehen? Joachim Sauer hat seiner Empörung mit deftigen Worten Luft verschafft. Er sei »erschüttert«, die von Vorrednern bedauerte »Asymetrie« bei der »Vereinigung« der ost- und westdeutschen Wissenschaftslandschaften sei richtig gewesen, völlig »unverständllich« für ihn jegliches Verständnis für die Enttäuschung abgewickelter ostdeutscher Akademiemitglieder. Man möge sich erinnern, wie Robert Havemann zu DDR-Zeiten aus der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) gedrängt wurde.

Was Sauer nicht wissen konnte, schon auf dem vorangegangenen Symposium über den »Umbruch 1989 und die Folgen« war mehrfach unfairer und respektloser Umgang mit DDR-Wissenschaftlern bedauert und beklagt worden, unter anderen durch den US-Historiker Mitchell Ash. Die Zeitzeugen und -zeuginnen am Abend bekräftigten dies – leibhaftig auf dem Podium oder per eingeblendeter Interviews, die der BBAW-Präsident Christoph Markschies persönlich geführt hatte.

Den Reigen der Erinnerungen eröffnete der Linguist Manfred Bierwisch, der ab 1956 an der AdW arbeitete und vier Jahre zuvor ob des Besitzes einer Westberliner Zeitschrift zehn Monate in Bautzen inhaftiert war. Seiner Ansicht nach seien »zu wenige aus dem Osten« als Gründungsmitglieder der BBAW erwählt worden. Und: »Da ich an der Bastelakademie damals beteiligt war, weiß ich, wie wenig von unseren Vorstellungen einer Arbeitsakademie übrig blieb.« Klaus Hallof, Experte für altgriechische Inschriften, nannte die Abschaffung der Institute, wie es sie an der AdW gab, »einen Fehler« und befand: »Die Grenze zwischen Mitgliedern und Mitarbeitern der BBAW ist zu dicht; das steht einer modernen demokratischen Akademie nicht gut zu Gesicht.« Susanne Fünfstück, die zu den glücklichen übernommenen AdW-Angestellten gehörte, berichtete über bange Gefühle, als »die Wessis« kamen: »Es gab aber solche und solche.« Für Heiterkeit sorgte sie mit der Erwähnung, dass eines Tages eine Kollegin von »drüben« sie rügte: »Nehmen Sie doch mal die Trivialliteratur von Marx aus dem Regal.« Joachim Nettelbeck, als ehemaliger Sekretär des Wissenschaftskollegs zu Berlin an den Debatten vor drei Dezennien beteiligt, bezeugte Einfühlungsvermögen hinsichtlich Verbitterung in der ostdeutschen Scientific Community. Obwohl es sich bei den abgewickelten Ost-Akademikern um einen privilegierten Kreis von DDR-Bürgern handelte, sei der Umgang mit ihnen doch typisch für den Vereinigungsprozess. Der Sozialhistoriker Jürgen Kocka, der sich eine faire Einpassung ostdeutscher Wissenschaft in ein ebenfalls zu evaluierendes westdeutsches Wissenschaftssystem gewünscht hatte, bestätigte im Interview mit Markschies, dass »an der AdW sehr viele vorzügliche Wissenschaftler gearbeitet haben und davon zu wenige übernommen worden sind«.

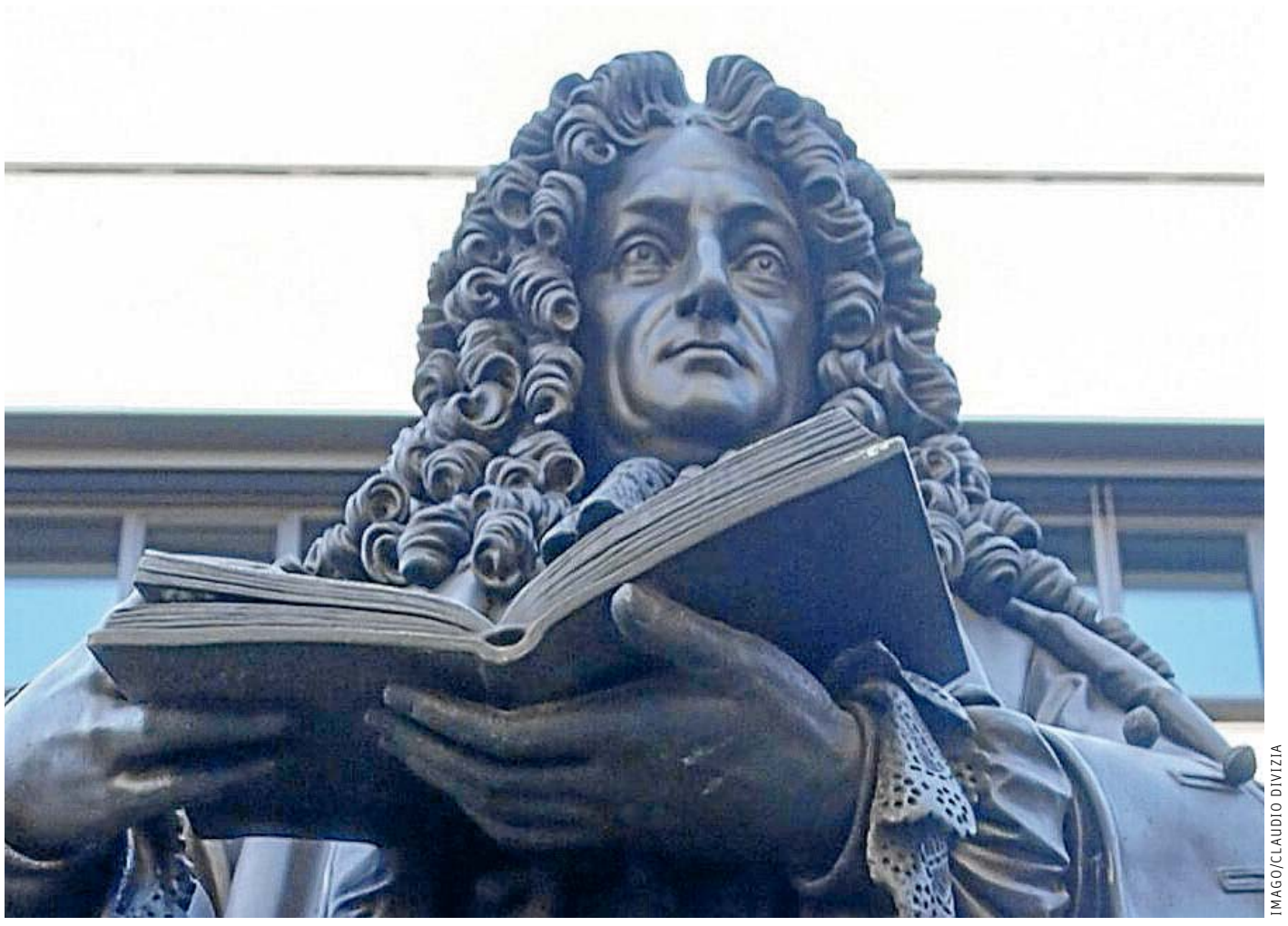
Nach Sauers überraschend harscher Intervention war es an Ute Frevert, Direktorin an einem Max-Plank-Institut, zu einem sachlichen Ton zurückzuführen. Sie erinnerte an den deutsch-jüdischen Wirtschaftshistoriker Hans Mottek, dessen Publikationen sie als Bielefelder Studentin mit großem Interesse las und der bereits in den 70ern (sic) versucht hatte, ein Institut für Ökologie an der AdW zu gründen. »Er hat unter dem Rauswurf sehr gelitten. Solche Verletzungen hätten verhindert werden können.«

Trotz, Theodizee, Theoria cum praxi

Heute begeht die Leibniz-Sozietät ihren 30. Gründungstag, schaut stolz zurück und zuversichtlich nach vorn

Zwei Leibniz-Tage innerhalb eines Monats – von zwei verschiedenen Institutionen begangen, die sich gleichermaßen auf den deutschen Universalgelehrten beziehen und just getrennt ihren 30. Jahrestag feierten.

KARLEN VESPER



IMAGO/CLAUDIO DIVIZIA

Der letzte deutsche Universalgelehrte, Gottfried Wilhelm Leibniz, auf dem Campus der Leipziger Universität

»Trotz alledem!«, ruft Hermann Klenner aus, gleich Karl Liebknecht, der mit diesen trotzigen Worten einst einen Artikel überschrieb, der an jenem Tag in der »Roten Fahne« erschien, da er in Berlin von konterrevolutionären Freikorpsoffizieren ermordet wurde. Was veranlasst den Juristen, eher bekannt für bedächtige, abgewogene und nachdenkliche Worte, zu dieser trutzigen Bekundung auf einer Veranstaltung von Akademikern unlängst in Berlin? Er spricht als Zeitzeuge von Wenden und Umbrüchen, die auch in seine Biografie stark eingegriffen haben.

Noch in den letzten Kriegswochen in die Wehrmachtsuniform gepresst, konnte sich der anfänglich von der Nazi-Ideologie wie so viele seines Alters verführte Junge aus Schlesien in sowjetischer Kriegsgefangenenschaft von geistigem Unrat befreien. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften an der Martin-Luther Universität Halle, um schließlich an der Humboldt-Universität zu Berlin zu promovieren und sich dort auch zu habilitieren. Obwohl der frisch gekürte Juraprofessor auf der berühmt-berüchtigten staats- und rechtswissenschaftlichen Babelsberger Konferenz der SED im Februar 1958 vom Partei- und Staatschef Walter Ulbricht des Revisionismus beschuldigt und daraufhin auch ganzseitig im Zentralorgan »Neues »Deutschland« denunziert wurde, wählte ihn das Präsidium der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) kühn zum Leiter einer neuen Arbeitsstelle für Rechtswissenschaft. Für Klenner als Wiedergutmachung »trotz alledem« empfunden.

Abwicklung und Auflösung waren eine eindeutige Rechtsverletzung. Sie wurde nie geahndet.

Ein Dezennium später wird er vom Generalstaatsanwalt der DDR auf einer Plenartagung des ZK als »rückfälliger Revisionist« angeprangert, sekundiert durch »zustimmende Zwischenrufe« von Ulbricht und Margot Honecker. Was war geschehen? In einem Artikel, der nicht zur Veröffentlichung kam, hatte Klenner sich das Recht herausgenommen, das Recht im Sozialismus nicht nur als ein Mittel der Macht, sondern auch als ein die Rechte der Bürger garantierendes Maß der Macht zu wünschen.

Klenners wissenschaftlicher Reputation hat die zweifache Abkanzelung, verbunden jeweils mit dem Verlust der Professur, nicht geschadet. Er wurde, wiederum ein Dezennium später, Mitglied der Gelehrtensozietät der AdW. Trotz alledem. Opportunität oder Opportunismus kann man diesem Mann – ein exzellenter Kenner der Werke von Leibniz, Bacon, Hegel und Radbruch und einer der wenigen weltweit, die Ludwig Wittgenstein (»Tractatus Logico-Philosophicus«) wirklich verstehen – nicht vorwerfen. Gleichwohl er sich selbst nicht frei von Fehlern oder Fehleinschätzungen nennen würde.

Im Februar 1990 hatte Klenner den Vorsitz des Runden Tisches an der DDR-Wissenschaftsakademie übernommen, die seiner Ansicht nach »nicht nur reformbedürftig, sondern auch reformfähig« war. Es ging um die »Beseitigung von Restriktionen und Demokratisierung«, sagt er. Der gute Wille, die Bereitschaft der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, der Mitglieder der AdW war groß. Doch von den alsbaldigen neuen Machthabern im Land nicht gewollt.

Im Einigungsvertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ist von einer »Einpassung von Wissenschaft und Forschung« die Rede. Und dass mit dem Beitritt der DDR zur BRD die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR von deren Forschungsinstituten getrennt wird; die Arbeitsverhältnisse der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sollten zum 31. Dezember 1991 enden, hernach in Evaluierungskommissionen über deren eventuelle Übernahme an diverse bundesdeutsche Institute entschieden werden. Das Ergebnis ist bekannt, die wenigsten DDR-Forscher kamen wieder in Arbeit und Lohn.

Doch auch der Gelehrtensozietät der abgewickelten Wissenschaftsakademie sollte der Garaus gemacht werden. Mit dem Datum vom 7. Juli 1992 wurde deren 286 inländischen und 124 ausländischen Mitgliedern vom Berliner Wissenschaftssenator mitgeteilt, dass ihre Mitgliedschaft erloschen sei. »Damit beging der Senator eine eindeutige Rechtsverletzung«, konstatiert der Jurist Klenner. Und ergänzt: »Sie wurde nie geahndet.«

Die Wissenschaftler dachten nicht daran, sich dem Diktat der Politik zu beugen. Nicht mehr und nie wieder. Da ihnen ihr bisheriges Domizil am Berliner Gendarmenmarkt genommen wurde, sie dort de facto Hausverbot hatten, trafen sie sich fortan regelmäßig im »Club Spittelkolonaden« an der Leipziger Straße. Sie waren nicht nur gewillt, wissenschaftlich weiter produktiv zu sein, sondern auch als Gemeinschaft zusammenzuhalten.

Am 28. März 1993 konstituierte sich als eine Neugründung die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW), die das prachtvolle Gebäude der AdW im Herzen der alsbaldigen deutschen Hauptstadt zugesprochen bekam, nebst deren Vermögen, Archiv, Bibliothek und Sammlungen – mit einer dreisten Selbstverständlichkeit, die noch heute verblüfft, aber seinerzeit landauf, landab in Ostdeutschland gang und gäbe war. Hier und dort regte sich gegen solch koloniales Gebaren Widerstand. Auch in Berlin. 49 wackere Gelehrte der staats- und landesoffiziell gemeuchelten AdW, die sich als Erbin der anno domini 1700 von Leibniz aus der Taufe gehobenen Societät der Wissenschaften verstanden hatte, schritten zur Tat und riefen kurz darauf, am 15. April, die Leibniz-Sozietät als eingetragenen Verein ins Leben.

»Wir sind kein Traditionsverein der Akademie der Wissenschaften der DDR. Unser Traditionsverständnis geht viel weiter zurück. Es gehört zu unserem Selbstverständnis, dass wir uns auf die Kontinuität seit der Gründung der Gelehrtensozietät durch Gottfried Wilhelm Leibniz berufen können«, heißt es in der zum 30. Jahrestag erscheinenden Chronik der Sozietät, in der zugleich stolz und selbstbewusst die (nunmehrige unfreiwillige) »Freiheit von politischen Abhängigkeiten, von Patronaten und Zwängen« gefeiert wird.

Vor zwei Wochen beging die BBAW ihren 30. Jahrestag (siehe »nd.DieWoche«, 17./18.6.), an diesem Donnerstag tut es ihr die Leibniz-Sozietät gleich, in der Archenhold-Sternwarte in Alt-Treptow. Den Festvortrag hält Christa Luft, Jg. 1938, ehemalige Rektorin der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst und 1989/90 Wirtschaftsministerin im Kabinett von Ministerpräsident Hans Modrow. Die Professorin, selbstredend Mitglied der Sozietät, wird über »Zeitenwende und Epochenumbruch« reden.

Für sie ist des Kanzlers »Wummswort« äußerst problematisch. Zum einen, weil Olaf Scholz zeitgleich ein auf Pump finanziertes »Sondervermögen« von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr einstellen und im Grundgesetz verankern ließ. »Damit können spätere Regierungen, falls gewollt, es nur mit 60 Prozent Parlamentszustimmung aushebeln. Zudem sei dieses »eine schwere Hypothek für kommende Generationen, die schon mit von ihnen nicht verursachten Umweltschäden eine Last zu tragen haben.« Das »Sondervermögen«, das sie fatal an die von der SPD im Reichstag zu Liebknechts Zeiten bewilligten Kriegskredite erinnert, sieht Christa Luft auch als Beleg für eine gefährliche Militarisierung von Außen- und Außenhandelspolitik. Lebenswichtige Güter, Währungen und Finanzen werden als »Waffen« eingesetzt.

Natürlich wird am aktuellen Leibniz-Tag auch Bilanz gezogen und in die Zukunft geschaut. »nd« sprach vorab mit einigen Mitgliedern.

Gerda Haßler, Jg. 1953, Präsidentin der Leibniz-Sozietät seit 2021, betont als das große Verdienst der Gelehrtengesellschaft, im Zuge der deutschen Vereinigung aus dem institutionellen Wissenschaftsbetrieb ausgegrenzten Forschern die Möglichkeit eröffnet zu haben, ihre Arbeiten fortzuführen. »Das war wirklich eine große Leistung.« Die Romanistin hatte sich selbst seinerzeit neu orientieren müssen, wäre fast ins Ausland gegangen, nach Portugal, wie sie auf nd-Nachfrage mitteilt – hätte sie dann nicht doch eine Professur erst in Dresden und schließlich in Potsdam erhalten. Sie war und ist gefragt als Gutachterin bei universitären Akkreditierungsverfahren und Förderung von Forschungsprojekten.

Ihr Ziel als erste Frau im Präsidentenamt der nach wie vor männerdominierten Gemeinschaft? »Ich sehe die Leibniz-Sozietät als eine Gelehrtengemeinschaft, in der sich alle Mitglieder wohlfühlen sollen.« Das erfordere auch eine Neufindung. Die Altersspanne der Sozietät reicht von 37 bis 97 Jahren. Zugewählten jüngeren Mitgliedern aus dem In- und Ausland seien neue Anreize zu bieten. »Die Mitglieder kommen aus 23 Ländern und vertreten ein breites Fächerspektrum«, sagt Gerda Haßler.

Der Anteil von Wissenschaftlerinnen in der Sozietät sei noch zu gering, wie allerorten in der Bundesrepublik. Folge jahrhundertelanger Tradition »frauenfreier Räume«, geschuldet der Langlebigkeit von Vorurteilen und Stereotypen, wie es in der Chronik zum Jubiläum heißt. Dort ist auch zu erfahren, dass der Frauenanteil bei Professuren in der Bundesrepublik 2021 in den Ingenieurwissenschaften nur 15 Prozent, in der Mathematik und den Naturwissenschaften 21 und in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 33 Prozent betrug.

»Das ist schade«, bedauert Gerda Haßler, »weil Frauen vielfach eine andere Sicht auf die Dinge haben, was sehr gewinnbringend sein kann.« Ähnlich wie in der DDR erlebe sie auch heute noch, dass von männlichen Kollegen »mit Erschrecken zur Kenntnis genommen wird, wenn man als Frau eine eigene Meinung hat und diese auch selbstbewusst äußert«. Die Präsidentin möchte die vielfältigen Potenziale der Mitglieder stärker nutzen und zu einer effektiveren interdisziplinären Zusammenarbeit der geistes- und naturwissenschaftlichen Klassen gelangen.

In der »besten aller möglichen Welten« zu leben, glauben die Wissenschaftler nicht. Sie wollen aber mittun, sich einer solchen zu nähern.

Ihr Vorgänger Gerhard Banse, Jg. 1946, Technikphilosoph, erklärt gegenüber »nd«, sein Credo als Präsident der Leibniz-Sozietät sei »Kontinuität und Wandel« gewesen, das heißt, »anzuknüpfen, zu bewahren und fortzuführen, was meine drei Vorgänger angestoßen haben. Diese waren der von den Nazis ins Exil getriebene jüdische Arzt und Biochemiker Samuel M. Rapoport, der Philosoph Herbert Hörz und der Astronom Dieter B. Herrmann. Der langjährige Leiter der Archenhold-Sternwarte hatte bereits die Losung »Internet ersetzt Papier« ausgegeben. Die auf Nachhaltigkeit zielende Initiative zahlte sich aus, schlägt sich in »breiter beachtlicher« öffentlicher Wahrnehmung der Forschungsergebnisse der Mitglieder der Leibniz-Sozietät nieder, belegt durch die zunehmende Zahl von Zugriffen auf deren online publizierte Aufsätze und Artikel.

Aber auch auf die Vielzahl der Printveröffentlichungen ist Banse stolz, die vor allem dank des Berliner Trafo-Verlages möglich waren und sind, Sitzungen, Kolloquien und Symposien dokumentieren: 75 Bände »Abhandlungen« und 156 Editionen der »Sitzungberichte«. Und ja, Banse ist von der gesellschaftlichen Relevanz und Wirkmächtigkeit der Arbeiten der Sozietät überzeugt. Der Kreis Pädagogik beispielsweise pflege nicht nur schöpferischen Austausch zu Kollegen im fernen Australien, sondern unterhalte ebenso engen Kontakt zum Leibniz-Gymnasium in Berlin-Kreuzberg.

Eine Tagung zur Stoffwirtschaft wiederum habe Möglichkeiten des Recyceln von Bauschutt aufgezeigt. »Wie verwertbare Rohstoffe in den wirtschaftlichen Kreislauf zurückgeführt werden können, haben wir auch schon in der DDR angesprochen. Die Diskussion wurde nicht zu einem erfolgreichen Ende geführt, und das ist sie heute noch nicht«, bemerkt Banse. Und ergänzt: Mit den neuen Kommunikationstechnologien wie etwa den Handys stünden weitere Herausforderungen an.

Die Leibniz-Sozietät, die 314 Mitglieder zählt (die gut bestallte BBAW hat nur knapp 100 mehr), sei eine »Effizienzmaschine, ein Effizienzwunder«, sagt Banse und scheint selbst überrascht zu sein, dass dies bei hauptsächlich ehrenamtlicher Tätigkeit und spärlichen finanziellen Mitteln machbar ist. »20 000 Euro Zuschuss vom Senat jährlich sowie die Beiträge der Mitglieder und deren Spenden sind alles, worauf wir uns stützen können.«

Der Schatzmeister des Vereins, Heinz-Jürgen Rothe, ebenfalls Jg. 1946, kann dies nur bestätigen. Als Arbeitspsychologe dürfte er Selbstausbeutung aber eigentlich nicht gutheißen? Rothe schmunzelt über die Frage. Und gesteht, er sei selbst »in diesem Netz verfangen«. Seit zwei Jahren ist er Finanzverwalter der Leibniz-Sozietät, davor war er Sekretär des Präsidiums. Als sein Nachfolger in dieser Funktion das Handtuch warf, hat Rothe ein Jahr lang zwei Funktionen ausgeübt.

Seine wissenschaftliche Laufbahn begann er am AdW-Zentralinstitut für Kybernetik (ein Zauberwort in der DDR); 1991 habilitierte er sich an der Universität Kassel zum Aufbau von Expertensystemen. Die zu Beginn des neuen Millenniums gestarteten Exzellenzinitiativen findet er gut und wichtig, nicht minder aber auch die Förderung wissenschaftlicher Neugier und Talente ab früher Kindheit und Jugend, woran es hierzulande allerdings mangele. Auf die Frage, wie seine Diagnose lauten würde, hätte er als Psychologe Deutschland auf der Couch, wehrt er zunächst ab: »Als Arbeitspsychologe habe ich nie eine Couch gebraucht.« Und gibt dann doch einen – ziemlich ernüchternden – Befund ab: »Ein problematischer Fall, eine gespaltene Gesellschaft, weitgehende Verunsicherung, wachsende Kluft zwischen Arm und Reich – und das ist nicht etwas, was man als Quadratur des Kreises bezeichnen könnte.«

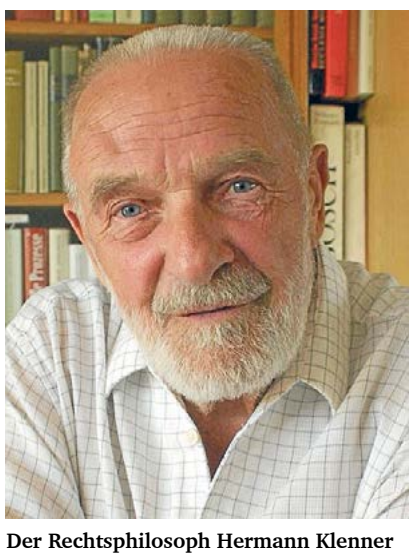
In der »besten aller möglichen Welten« zu leben, wie es Leibniz in seiner »Theodizee« formulierte – worüber seinerzeit Voltaire böse spöttelte –, glauben meine Gesprächspartner nicht. Ihr wissenschaftliches Arbeiten verstehen sie als ein Mittun zur Annäherung an eine ebensolche, eine den Menschen und der Natur freundlicheren, gerechteren, friedlicheren Welt. Auch derart sind sie ihrem Namensgeber verbunden, dessen Grundsatz »Theoria cum praxi« lautete und dessen Konterfei auf dem Logo der Sozietät prangt. Dieses schuf übrigens ein italienischer Maler, Grafiker und Antifaschist, der als Partisan gegen Mussolini und Hitler gekämpft hatte: Gabriele Mucchi, im letzten Jahr des 19. Jahrhunderts in Turin geboren und im zweiten Jahr des 21. Jahrhunderts in Mailand im Alter von 102 Jahren verstorben. Zumindest ebenfalls ein Säculum zu vollenden, wünscht man auch der nun die magische 30 überschreitenden Leibniz-Sozietät.

FRANK SCHIRRMEISTER

Die Ökonomin Christa Luft

PRIVAT

Die Romanistin Gerda Haßler



BURKHARD LANGE

Der Rechtsphilosoph Hermann Klenner

CC BY-SA 1.0

Der Technikphilosoph Gerhard Banse

CC BY-SA 4.0

Der Psychologe Heinz-Jürgen Rothe